

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:174883-2009:TEXT:DE:HTML>

D-Sinsheim: Bauleistungen im Hochbau

2009/S 120-174883

BEKANNTMACHUNG

Bauleistung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)

Hallen- und Wellnessbad Sinsheim
Wilhelmstraße 14-16
Kontakt: Stadtverwaltung Sinsheim
z. H. Herrn Fulgner
74889 Sinsheim
DEUTSCHLAND
Tel. +49 7261404-104
E-Mail: Hauptamt@sinsheim.de
Fax +49 72614044512

Weitere Auskünfte erteilen:

Stadt Sinsheim
Wilhelmstraße 14-16
Kontakt: Hauptamt
z. H. Herrn Fulgner
74889 Sinsheim
DEUTSCHLAND
Tel. +49 7261404-104
E-Mail: hauptamt@sinsheim.de
Fax +49 72614044512

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

Stadt Sinsheim
Wilhelmstraße 14-16
Kontakt: Amt für Bauinvestitionscontrolling und Vergabewesen
z. H. Herrn Siegl
74889 Sinsheim
DEUTSCHLAND
Tel. +49 7261404-208
E-Mail: vergabestelle@sinsheim.de

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Stadt Sinsheim
Wilhelmstraße 14-16
Kontakt: Zentrale Vergabestelle
z. H. Herrn Siegl

74889 Sinsheim
DEUTSCHLAND
Tel. +49 7261404-208
E-Mail: vergabestelle@sinsheim.de

- I.2) **ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)**
Regional- oder Lokalbehörde
Allgemeine öffentliche Verwaltung
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) BESCHREIBUNG

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber

Planung, Neubau und Betrieb eines Hallenbades mit optionalem Wellness-, Sauna-, Gesundheits- und/oder Therapiebereich.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Bauleistung

Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen

Hauptausführungsort Sinsheim.

NUTS-Code DE128

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens

Gegenstand der Vergabe ist die Planung, der Neubau und der Betrieb eines Hallenbades mit optionalem Wellness-, Sauna-, Gesundheits- und/oder Therapiebereich. Die Gebäude sollen auf einem im Eigentum der Stadt stehenden Grundstück errichtet werden. Die Flächen liegen im Geltungsbereich eines noch aufzustellenden Bebauungsplans. Über den beabsichtigten Betriebszeitraum von 25 Jahren soll der Auftragnehmer die bauliche Unterhaltung (Instandsetzung, Instandhaltung, Wartung und Schönheitsreparaturen) und die Reinigung des Bades sowie die Pflege der Außenanlagen übernehmen. Neben den vorgenannten gebäudebezogenen Betriebsleistungen hat der Auftragnehmer den Betrieb des Hallenbades und alle weiteren im Rahmen des Bäderbetriebs erforderlichen Dienstleistungen sicherzustellen. Der Auftraggeber behält sich vor, das Ausschreibungsverfahren aufzuheben, wenn die eingegangenen Angebote im Vergleich zur Eigenrealisierung des Vorhabens unwirtschaftlich sind oder der Rat der Stadt Sinsheim oder die Kommunalaufsicht der Vergabe nicht zustimmen.

Mindestbedarfsprogramm: 1 x Sportbecken mit 6 Bahnen je 25 m nach KOK-Richtlinien, 1 x Lehrschwimmbecken, Akustische Trennung zwischen Sport- und Lehrschwimmbecken, Bereich mit 1 m Sprungbrett und 3 m Sprungturm, Ganzjahresbetrieb, Sozialverträgliche Eintrittspreise im Bereich des Mindestbedarfsprogramms.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

45210000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):

Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose

Nein

II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**

Ja

II.2) **MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang**

II.2.2) **Optionen**

Nein

II.3) **VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG**

Dauer in Monaten 324 (ab Auftragsvergabe)

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten**

Die Sicherheitenstruktur ist Gegenstand der Verhandlungen und abhängig vom Organisations- und Finanzierungsmodell.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)**

Es sind folgende Finanzierungs- und Zahlungsleistungen der Auftraggeberin vorgesehen:

(a) Jährliche Zahlungen der Stadt Sinsheim.

Die Stadt Sinsheim strebt für die Sicherstellung des Mindestbedarfsprogramms und die Nutzung des Bades durch Schulen und Vereine einen jährlichen Betrag in Höhe von maximal 1 100 000 EUR an. Die Höhe dieses Betrags wird wesentlicher Bestandteil der Verhandlungen und der Wertungskriterien für die Vergabe sein.

(b) Eigenkapital des Auftragnehmers.

Es wird eine angemessene Eigenkapitalausstattung der Projektgesellschaft erwartet. Die Höhe der Einbringung von Eigenkapital wird im Rahmen des Wertungskriteriums Wirtschaftlichkeit berücksichtigt.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird**

Die Mitglieder einer Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch für die angebotene Leistung.

Teilnahmeanträge von Arbeitsgemeinschaften und anderen gemeinschaftlichen Bewerbern finden nur Berücksichtigung, wenn.

— dem Auftraggeber ein Verzeichnis der Mitglieder der Gemeinschaft mit Bezeichnung des jeweiligen bevollmächtigten Vertreters vorgelegt wird,

— eine von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterzeichnete und datierte Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter der Gemeinschaft die im Verzeichnis aufgeführten Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt, übergeben wird und die Mitglieder der Gemeinschaft nicht mehr als einer Arbeits-/Bewerbergemeinschaft angehören.

Der Bieter oder die Bietergemeinschaft ist berechtigt, zur Erbringung der von ihm/ihr angebotenen Leistungen eine Projektgesellschaft zu bilden, die Vertragspartnerin des Auftraggebers für die abzuschließenden Verträge wird. In diesem Fall sind die Gesellschaften zu nennen, die an dieser Projektgesellschaft beteiligt sind. Weiterhin ist die vergaberechtliche Identität zwischen Bieter und Auftragnehmer/Projektgesellschaft dadurch zu wahren, dass alle für die Teilnehmerqualifikation verwendeten Nachweise der Bieter bzw. Bietergemeinschaft durch einen dauerhaften Zugriff der Projektgesellschaft auf die wirtschaftliche, finanzielle und technische Leistungsfähigkeit der Bieter bzw. Bietergemeinschaft als zukünftige Gesellschafter oder Nachunternehmer für die Projektdurchführung aufrechterhalten und sichergestellt werden. Im Falle einer beabsichtigten Auftragsausführung durch eine Projektgesellschaft kann gegebenenfalls eine Bürgschaft

(vorrangig) oder strenge Patronatserklärung der Bieter oder Bietergemeinschaft (d.h. der Gesellschafter) für die Projektgesellschaft verlangt werden.

Ihre Eignung (Bonität, Referenzen etc.) kann die Projektgesellschaft entweder durch eigene Eignungsnachweise oder durch die ihrer Gesellschafter nachweisen, soweit diese bei der Leistungserbringung mitwirken. In diesem Falle können die Eignungsnachweise nur durch verbindliche schriftliche Zusagen der Gesellschafter erbracht werden, dass diese im Fall der Auftragserteilung an die Projektgesellschaft dieser die erforderlichen finanziellen, personellen und sachlichen Mittel für die Projektdurchführung zur Verfügung stellen. Die Eignung der anderen Nachunternehmer ist jeweils für diese gesondert nachzuweisen.

Die Projektgesellschaft darf die vertraglich beauftragten Leistungen nur von den im Teilnahmewettbewerb namentlich genannten Gesellschaftern oder benannten Nachunternehmern beschaffen, die entsprechend den Anforderungen qualifiziert worden sind.

Sollte die Projektgesellschaft die Verträge mit dem Bieter oder den Mitgliedern einer Bietergemeinschaft oder mit den im Teilnahmeantrag namentlich genannten Nachunternehmern beenden und Verträge mit anderen Leistungserbringern (Bau- oder Dienstleistungserbringer) abschließen wollen, bedarf sie hierfür der Zustimmung des Auftraggebers. Dieser wird die Zustimmung nicht verweigern, wenn die Projektgesellschaft schwerwiegende Gründe für den Wechsel glaubhaft machen kann und ausreichende Qualifikationen der neuen Leistungserbringer im Sinne der Auswahlkriterien gemäß dieser EU-Bekanntmachung bestehen.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung**

Nein

III.2) **TEILNAHMEBEDINGUNGEN**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: (1) Aktueller Handelsregisterauszug (Auszug nicht älter 6 Monate) bzw. sofern keine Pflicht zur Eintragung in das Handelsregister besteht: Aktueller Auszug (Auszug nicht älter als sechs Monate) der Eintragung des Wirtschaftsteilnehmers in das Berufsregister (Handwerkskammer etc.). Für Bewerber, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben: Analoge Auszüge der Eintragung in ein entsprechendes Register oder Bescheinigungen der zuständigen Versicherungsträger.

(2) Eigenerklärung des Bewerbers bzw. jedes Mitgliedes einer Bietergemeinschaft und jedes Nachunternehmers gemäß §§ 8 Nr. 3 Abs. 1 lit. a-c, e, Nr. 5 Abs. 1 lit. a-d, 8a Nr. 5 VOB/A, den Regelungen des Vergabehandbuchs des Bundes (VHB Bund).

Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat im Teilnahmeantrag mitzuteilen, welche Wirtschaftsteilnehmer als Haupt- bzw. Nachunternehmer im Auftragsfall die Leistungselemente a) Planung, b) Bau und c) Betrieb als insoweit verantwortlich ausführende Unternehmen (ggf. auch mehrere Wirtschaftsteilnehmer für ein Leistungselement oder ein Wirtschaftsteilnehmer für mehrere Leistungselemente) erbringen sollen. Der Bewerber oder die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, die dementsprechend verantwortlich ausführende Unternehmen sein sollen, sind Hauptunternehmer. Wirtschaftsteilnehmer, die eines der vorgenannten Leistungselemente verantwortlich ausführen sollen, ohne Bewerber bzw. Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu sein, sind Nachunternehmer.

Für jeden der vorgenannten Haupt- und Nachunternehmer sind für die Eignungsprüfung jeweils gesondert die unter III.2.1) genannten Unterlagen vorzulegen und die Eignung gesondert nachzuweisen. Haupt- und Nachunternehmer haben darüber hinaus weitere Unterlagen nach III.2.2) und III.2.3) vorzulegen.

Bewerber oder Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, die im Auftragsfall keine Leistungen aus den Leistungselementen.

a) Planung, b) Bau und c) Betrieb verantwortlich erbringen sollen, haben zum Eignungsnachweis nur die unter III.2.1) genannten Unterlagen vorzulegen.

Die nicht rechtzeitige Vorlage dieser Unterlagen kann zum Ausschluss aus dem Verfahren führen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen nachzufordern und Bewerbungen vom Verfahren auszuschließen für die auf einmalige Nachforderung keine oder nur unvollständige Unterlagen nachgereicht werden. Dem Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft wird auf schriftliche Nachfrage von der in I.1) (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) aufgeführten Stelle eine Bewerberinformation mit Formblättern zum Teilnahmeantrag zur Verfügung gestellt. Diese Bewerberformulare sind zwingend zu verwenden. Die Nichtberücksichtigung der Bewerberformulare kann zum Ausschluss aus dem laufenden Verfahren führen.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: (1) Nachweis einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme von 2 000 000 EUR pro Schadensfall für Personenschäden, 1 000 000 EUR für Sach- und Vermögensschäden. Zulässig ist auch eine Erklärung, dass im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung abgeschlossen wird;

(2) Vorlage einer aktuellen allgemeinen Bankauskunft über die wirtschaftliche Situation und/oder das Zahlungsverhalten des Unternehmens bzw. eines gleichwertigen testierten Nachweises über die Bonität des Unternehmens;

(3) Angaben zum Gesamtumsatz des Bewerbers bzw. der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Vorlage von mindestens drei und maximal 6 Referenzen je Leistungselement (Planung, Bau und Betrieb) über die Ausführung von Leistungen in den letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich der Angabe eines Ansprechpartners bei dem jeweiligen Auftraggeber der als Referenz genannten Aufträge. Die vorzulegenden Referenzen müssen erkennen lassen, dass das Unternehmen für die Erbringung der vorliegend zu vergebenden Teilleistungen (Planung, Bau und Betrieb) geeignet ist. Nähere Informationen zu den Anforderungen an die Referenzen und die in diesem Zusammenhang erbrachten Leistungen sowie zu deren Bewertung können dem Bewerbermemorandum entnommen werden, das bei der unter I.1) (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) genannten Stelle angefordert werden kann.

III.2.4) **Vorbehaltene Aufträge**

Nein

III.3) **BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGS-AUFTRÄGE**

III.3.1) **Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten**

III.3.2) **Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen**

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **VERFAHRENSART**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Beschleunigtes Verhandlungsverfahren

Verkürzung der Bewerbungsfrist im Teilnahmewettbewerb auf 18 Tage gem. VwV Beschleunigung öA (Az.: 6-4460.0/302).

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

geplante Mindestzahl 3 Höchstzahl 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Voraussetzung für die Eignung ist, dass die in den Ziff. III.2.1.1) und III.2.1.2) sowie III.2.2.1) und III.2.2.2) geforderten Angaben und Nachweise erbracht werden.

Der Auftraggeber wird zudem die nachfolgend aufgeführten Eignungsnachweise mit Punkten bewerten und wie folgt gewichten:

(a) Die mögliche Gesamtpunktzahl für die in Ziff. III.2.3) genannten Angaben und Nachweise bildet 70 % der im Rahmen der Eignungsprüfung insgesamt erzielbaren Punkte;

(b) Die mögliche Gesamtpunktzahl für die in Ziff. III.2.2.3) genannten Angaben und Nachweise bilden 30 % der im Rahmen der Eignungsprüfung insgesamt erzielbaren Punkte.

Nähere Informationen zur Bewertung der oben genannten Eignungsnachweise können dem Bewerbermemorandum entnommen werden, das bei der unter I.1) (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) genannten Stelle angefordert werden kann.

IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote Ja

IV.2) **ZUSCHLAGSKRITERIEN**

IV.2.1) **Zuschlagskriterien**

Wirtschaftlich günstigstes Angebot die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) **Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt**

Nein

IV.3) **VERWALTUNGSINFORMATIONEN**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber**

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags**

Nein

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen**

Die Unterlagen sind kostenpflichtig Nein

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge**

13.7.2009 - 12:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**

Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **DAUERAUFTRAG**

Nein

VI.2) **AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD**

Nein

VI.3) **SONSTIGE INFORMATIONEN**

Weitere Informationen enthält eine Bewerberinformation, die den Bewerbern auf Anfrage von der im I.1) (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) genannten Stelle per E-Mail zugesendet wird. Dieser Information sind Formblätter zur Unterstützung der Bewerber bei der Erstellung des Teilnahmeantrags beigelegt.

VI.4) **NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Schlossplatz 4-6
76131 Karlsruhe
DEUTSCHLAND

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Statthafter Rechtsbehelf ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens gemäß § 107 Abs. 1 S. 1 GWB vor der zuständigen Vergabekammer. (vgl. VI.4.1)).

VI.4.3) **Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind**

VI.5) **TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**

24.6.2009